

peace brigades international

# pbi Rundbrief

Winter 2013/14



In dieser Ausgabe

**Interview mit Pater Alberto Franco: »Wir leben in einer brisanten Situation«**

**Reportage: pbi startet Projekt in Kenia**

ISSN 1619-2621

**pbi**  
making space for peace



## Liebe Leserin, lieber Leser,

der Mensch braucht Land zum Leben. Wird ihm Land genommen, ist seine Existenz bedroht. Somit sind Auseinandersetzungen um Land zentraler Konfliktgegenstand in vielen Krisenregionen. Im Zusammenhang mit Klimawandel, Ernährungs- und Wirtschaftskrise nimmt die Brisanz dieses Themas noch zu. Denn wer über Land bestimmt, sichert seinen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Einfluss.

Für die betroffenen Menschen vor Ort ist es besonders wichtig, Klarheit über Zugang zu Land und Landrechte zu haben. Doch wenn das ökonomische und politische Interesse an Land groß ist und der politische Wille fehlt, Landnutzungsrechte für die lokale Bevölkerung abzusichern, droht Vertreibung. Menschenrechtliche Belange sind dabei nur unter großen Gefahren für die zivilgesellschaftlichen Akteure einzufordern.

Seit Jahren kümmert sich Pater Alberto Franco in Kolumbien um Menschen, die von ihrem Land vertrieben wurden und sieht sich wegen seines Engagements immer wieder massiven Morddrohungen ausgesetzt. Knut Henkel sprach mit ihm für pbi über Landraub, seinen Einsatz für Menschenrechte und Friedenshoffnung

in Kolumbien (ab Seite 4).

Ländliche Räume sind Räume, in denen häufig Konflikte vorherrschen. Teilweise unterschwellig vorhanden, aber vielfach auch in Gewalt eskalierend. Der ehemalige pbi-Freiwillige Alex Klüken kann dies aus seinen Erfahrungen sowohl in Kolumbien als auch in Kenia bestätigen und beklagt vor allem in ländlichen Gebieten besonders schwere Menschenrechtsverletzungen (ab Seite 10).

Ob und was Sie in Deutschland tun können, um den Menschenrechtsaktivistinnen zu helfen, Ungerechtigkeit und Gewalt zu überwinden, erfahren Sie ab Seite 8: Die Ehrenamtlichen der pbi-Regionalgruppe Köln-Bonn blicken auf die zehn Jahre ihres Engagements zurück und erzählen von ihrer Motivation. Wir freuen uns, wenn der Funke der Begeisterung auch auf Sie übersprungen ist, und Sie an der pbi-Kunstverlosung teilnehmen möchten (Seite 14).

Ich wünsche Ihnen eine anregende und motivierende Lektüre und viel Erfolg bei der Kunstverlosung!

Für die Rundbriefredaktion

Virginija Lickunaite

## CCCCND klagt – und gewinnt

► Die seit 2009 von pbi begleitete Organisation **Coordinadora Central Campesina Chortí Nuevo Día (CCCCND)** bringt zusammen mit 13 anderen Organisationen den guatemaltekischen Staat vor Gericht und gewinnt. Verletzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte – so die Anklagepunkte.

Guatemala sin Hambre, ein Zusammenschluss von 14 sozialen und Nichtregierungsorganisationen (u.a. die von pbi begleitete Organisation CCCCND), forderte vor Gericht Gerechtigkeit für vier Familien. Fünf Kinder dieser Familien leiden an extremer Unterernährung. Vorgeworfen wird dem guatemaltekischen

Staat, dass er die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte – vor allem das Recht auf Ernährung – verletzt haben soll.

Der guatemaltekische Staat wurde für schuldig befunden. Zehn Institutionen sind nun verpflichtet 26 spezifische Maßnahmen umzusetzen, um die Verletzungen an diesen Menschenrechten wiedergutzumachen.

Das am 08. Juli 2013 in Zacapa gesprochene Urteil ist das erste seiner Art und eröffnet für all diejenigen, die vom guatemaltekischen Staat vergessen werden, die Möglichkeit, den Staat rechtlich in seine Pflicht zu nehmen.

## Eine neue Initiative des pbi-Nepalprojekts: Nepalmonitor.org

► Nachdem 2012 der Einsatz von pbi-Freiwilligen in Nepal beendet wurde, verfolgte anschließend eine kleine pbi-Präsenz die weitere Entwicklung der politischen Lage und der Menschenrechtssituation in Nepal, hielt den Kontakt zu den Partnern und der internationalen Gemeinschaft vor Ort aufrecht, führte begleitende Advocacy-Maßnahmen durch und erarbeitete ein strategisches Konzept für die zukünftige Unterstützung der MenschenrechtsverteidigerInnen im Land.

So entstand eine neue Initiative „NepalMonitor“. Der NepalMonitor soll die Sicherheit von MenschenrechtsverteidigerInnen in Nepal verbessern und bietet der Öffentlichkeit sowie lokalen Menschenrechtsorganisationen aktuelle Sicherheitsinformationen und Berichte

über Verstöße gegen Menschenrechte und Angriffe auf deren VerteidigerInnen. Dazu werden die Informationen direkt durch lokale und internationale Organisationen, von betroffenen Einzelpersonen vor Ort und aus den Medien zusammengetragen. Mit NepalMonitor.org verbundene AktivistInnen werden über die Sicherheitslage in einem Umkreis von 50km per E-Mail und SMS-Nachrichten in Echtzeit informiert. Zum jetzigen Zeitpunkt sind bereits mehr als 150 Menschenrechtsorganisationen und Einzelpersonen in ganz Nepal Mitglieder der Initiative.

► Besuchen Sie den NepalMonitor unter: [www.nepalmonitor.org](http://www.nepalmonitor.org)



„Wir leben in einer

brisanten Situation“

Kolumbien

Der katholische Seelsorger Pater Alberto Franco (53) setzt sich seit Jahren für den Erhalt der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und die Ernährungssouveränität in Kolumbien ein. Aufgrund massiver Morddrohungen musste er seine Heimat kurzfristig verlassen. Nicht zum ersten Mal. Seit 2008 leitet Franco die kirchliche Menschenrechtsorganisation „Kommission Gerechtigkeit und Frieden“, die von peace brigades international (pbi) begleitet wird.

- ▶ **pbi:** Nach rund fünfzig Jahren Bürgerkrieg wird in Kolumbien derzeit über den Frieden verhandelt – ein Hoffnungsschimmer?
- ▶ **Pater Alberto:** Oh ja, für das ganze Land und wir beobachten die Verhandlungen in Havanna sehr genau, kritisieren aber, dass die Zivilgesellschaft dort nicht präsent ist.
- ▶ **pbi:** Sie mussten Bogotá fluchtartig verlassen, was ist passiert?
- ▶ **Pater Alberto:** Dieses Jahr ist für unsere Organisation sehr schwierig. Es hat Mordanschläge auf unseren Mitarbeiter Danilo Rueda

und mich gegeben. Das war am 21. März und später deckten wir ein Mordkomplott gegen mehrere leitende Figuren der kollektiven Führung unserer Organisation auf – das war letztlich auch der Grund, weshalb ich nach Deutschland kam – ich musste aus der Schusslinie. (Anm. der Redaktion: Mittlerweile hat es wieder massive und direkte Morddrohungen gegen Danilo Rueda gegeben.) Zudem landete unsere Organisation aufgrund von manipulierten Anschuldigungen im Fokus der Ermittlungsbehörden. Unsere Mails werden mitgelesen, Telefonate mitgehört. Wir leben in einer brisanten Situation.

► **pbi:** Wird der Sitz in Bogotá überwacht?

► **Pater Alberto:** Ja, und sie wissen auch, wo unsere Privatwohnungen sind. Wir konnten auch einzelne Fahrzeuge, die uns folgten identifizieren. Es waren Fahrzeuge vom militärischen Geheimdienst wie uns ein Polizeibeamter, der wiederum für unsere Sicherheit zuständig ist, verraten hat.

► **pbi:** Ihre Organisation begleitet Kleinbauern, die zurück auf ihre Farmen wollen. Welchen Interessen läuft das zuwider?

► **Pater Alberto:** Auf dem Land, von dem sie mit Gewalt vertrieben wurden, werden oftmals Palmöl- oder Bananenplantagen angelegt, manchmal Erdöl oder andere Rohstoffe vermutet und ab und zu sind diese Flächen für Infrastrukturprojekte interessant. Hinter diesen gewaltsamen Vertreibungen durch Paramilitärs stecken meist handfeste ökonomische Interessen. Die benennen wir und machen uns damit nicht nur Freunde.

► **pbi:** Aber was hat das Militär damit zu tun?

► **Pater Alberto:** Einige Fraktionen im

Militär verfügen über gute Kontakte zur extremen politischen Rechten in Kolumbien. Diese Kreise haben wiederum handfeste Interessen an den Regionen, in denen wir arbeiten – vor allem im Norden des Chocó Departements.

► **pbi:** Weshalb ist die an der Grenze zu Panama liegende Region so interessant – aufgrund des Edelholzes, des Goldes, welches dort gefördert wird?

► **Pater Alberto:** Das spielt auch eine Rolle, aber das Projekt „Antioquia – die

### „Land ist ein Synonym für Macht“

beste Ecke Lateinamerikas“ ist noch wichtiger. Dazu gehört nämlich auch der „trockene Kanal“, der dem Panamakanal Konkurrenz machen soll. Auch das Wasser in der Region ist in den Fokus der Investoren geraten. Obendrein gibt es die klassischen Interessen von Rinderzüchtern, Unternehmen, die Palmölplantagen und andere Monokulturen betreiben – Chocó ist eine umkämpfte Region.

► **pbi:** Im Chocó liegt ein Schwerpunkt ihrer Arbeit – dort arbeiten Sie mit indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden zusammen.

► **Pater Alberto:** Ja, wir setzen uns für ihre Rechte ein, kämpfen gegen ihre Vertreibung und für die Rückkehr auf ihre kollektiven Flächen. Dort gibt es direkte Verbindungen zwischen Militärs, Paramilitärs und solchen internationalen Gesellschaften wie Dole oder Multi Fruit, die mit Del Monte zusammenarbeitet, und auch Maderas del Darién, die Edelhölzer in der Region schlagen. Es gibt Beweise, dass sie mit Paramilitärs kooperieren. Und das haben wir vor den Interamerikanischen Gerichtshof in San José gebracht.

► **pbi:** Wie funktioniert die Arbeit Ihrer



Pater Alberto Franco

Organisation – begleiten Sie Gemeinden direkt bei Ihrer Rückkehr auf ihr Land?

- ▶ **Pater Alberto:** Ja, unsere Teams begleiten und beraten einige Gemeinden wie zum Beispiel das indigene Volk der Nasa in Putumayo im Süden Kolumbiens ganz konkret. Wir werden auf konkrete Anfragen von indigenen Ethnien, die für ihre Landrechte kämpfen und bedroht werden, tätig. Wir entwickeln unsere Arbeit ständig und stützen uns dabei auf die Dokumentation von gravierenden Menschenrechtsverletzungen. In Bogotá gibt es Teams für die Koordination und Öffentlichkeitsarbeit. Zu unserem Team gehören aber auch Psychologen, Sozialarbeiter und Kommunikationsexperten, die sich bemühen die Stimme der Opfer zu verstärken, so dass sie auch zu vernehmen sind. Zudem unterstützen Anwälte

unsere Arbeit, die die strafrechtliche Verfolgung der Verbrechen einklagen und die Opfer zu den Prozessen begleiten.

- ▶ **pbi:** Wie kam es zur Gründung der Organisation?

- ▶ **Pater Alberto:** Die Organisation wurde 1988 gegründet, als sich die Menschenrechtssituation in Kolumbien stark verschlechtert hatte. Ab 1985 stieg die Zahl der Massaker sprunghaft an, sodass es nötig war, die kirchliche Menschenrechtsarbeit zu verstärken. Das war zumindest die Einschätzung der Pfarrer, die Anhänger der Befreiungstheologie waren und in Dörfern, Armenvierteln sowie Vorstädten mit der Bevölkerung lebten und beteten. Dass diese Pfarrer mit der Befreiungstheologie sympathisierten, stieß nicht überall auf Gegenliebe. Es gab sowohl Kritik von Seiten der Armee als auch von Seiten konservativer Kirchenkreise. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

- ▶ **pbi:** Was tut der kolumbianische Staat, um Sie und die Mitarbeiter ihrer Organisation zu schützen?

- ▶ **Pater Alberto:** Es gibt Sicherheitsstudien, Analysen und Kommunikationsgeräte wie Satellitentelefone, gepanzerte Fahrzeuge, die vom Staat gestellt werden. Seit 2008 haben wir diese Fahrzeuge mit von uns ausgesuchten Fahrern. Das hilft zwar, aber eben nicht gegen Überwachung, Verfolgung und Ausspionieren, was zu unserem Alltag gehört. Wenn sich das Drohszenario verschärft, dauert es sehr lange, bis der Staat reagiert. Oft werden solche einfache Mittel - wie hier und da eine Kamera aufzustellen – gar nicht eingesetzt. Fehlt da der politische Wille? Ist es Nachlässigkeit? Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es nicht einfach ist, sich mit den Behörden abzustimmen. Die Kameras haben wir zum

Beispiel aus eigener Tasche bezahlt.

▶ **pbi:** Wie viele Spezialisten arbeiten für die Kommission Frieden und Gerechtigkeit?

▶ **Pater Alberto:** Es sind 55, davon in Bogotá etwa 25 und der Rest im Landesinnern.

▶ **pbi:** Zahlreiche Gemeindevertreter stehen auf den Todeslisten von Paramilitärs.

▶ **Pater Alberto:** Ja, so will man die Vertreter der Zivilgesellschaft entmutigen, Organisationen zerstören und das Eintreten für eine Landreform und die Ernährungssouveränität blockieren. Kolumbien braucht jedoch mehr Partizipation der Zivilgesellschaft, ein stärkeres Eintreten für den Schutz der Menschenrechte und konkrete Konzepte für die Entmilitarisierung ganzer Regionen sowie die Reintegration von Guerilleros, Soldaten und Paramilitärs.

▶ **pbi:** Welche Rolle spielt die Landfrage und die „integrale Landreform“, die zwischen Regierung und der FARC-Guerilla in Havanna vereinbart wurde?

▶ **Pater Alberto:** Das Land befindet sich im Fokus des Konfliktes. Die bewaffneten Kämpfe drehen sich seit mehr als fünfzig Jahren um das Land und dessen Verteilung. Land ist ein Synonym für Macht, denn die politisch aktiven Familien Kolumbiens sind immer auch Großgrundbesitzer.

▶ **pbi:** Was kann die Zivilgesellschaft in Deutschland tun, um zu helfen?

▶ **Pater Alberto:** Viel, denn eine Postkartenaktion, wie sie vor ein paar Wochen zum Schutz der afrokolumbianischen Gemeinden im Chocó stattfand, setzt die Verantwortlichen in Kolumbien unter Druck. Zehntausend Unterschriften wie bei dieser Aktion sorgen für unbequeme Nachfragen und schützen die Interessen

der Gemeinden, die dort im Nordosten Kolumbiens für die Rückkehr auf ihr Land kämpfen.

▶ **pbi:** Wie unterstützt pbi Sie und Ihre Arbeit konkret?

▶ **Pater Alberto:** Die Unterstützung beruht auf drei sehr wichtigen Aspekten, die aufrecht zu erhalten und zu intensivieren sind. Zum ersten wirkt die physische Präsenz von pbi-Freiwilligen als internationale Beobachter abschreckend auf potenzielle Aggressoren. Zum zweiten wird der notwendige Druck auf die Aggressoren ausgeübt, weil die tatsächliche Menschenrechtssituation in Kolumbien sichtbar gemacht wird und die internationale Gemeinschaft auf Menschenrechtsverletzungen entsprechend reagieren kann. Dieser Aspekt der Schutzbegleitung ist fundamental und ermöglicht die politische Einflussnahme auf nationaler und internationaler Ebene. Zum dritten ist die Bildungs- und Informationsarbeit in den Herkunftsländern der pbi-Freiwilligen von großer Bedeutung. Dies erzeugt ein Beziehungsnetz zum Schutz und zur Durchsetzung der Menschenrechte und lässt die Universalität der Menschenrechte Wirklichkeit werden.

▶ **pbi:** pbi begleitet die „Kommission Gerechtigkeit und Frieden“ mittlerweile seit 1994.

▶ **Pater Alberto:** Die alltägliche physische Präsenz sowie die Begleitung bei juristischen Angelegenheiten ermöglicht der „Kommission Gerechtigkeit und Frieden“, ihre Arbeit mit kleinerem Risiko durchzuführen. Dieser besondere von pbi entwickelte Schutzmechanismus ist einzigartig und trägt wesentlich zum Schutz der Menschenrechte bei.

▶ Interview: Knut Henkel

# „Kleiner Stein im Mosaik“

► Seit zehn Jahren unterstützt die ehrenamtliche Regionalgruppe Köln-Bonn die Menschenrechtsarbeit von peace brigades international (pbi) mit lokalen Aktionen. Drei Mitglieder der ersten Stunde, Patrick Broehl, Heidi Wittkowski und Ulrich Kern, über ihre Motivation und ihre Arbeit.

„Wenn wir AktivistInnen aus den Projektländern bei uns zuhause zu Gast haben, ist das unglaublich inspirierend“, sagt Heidi. „Das sind so interessante Leute mit bewegenden Lebensläufen, die sich für die unterschiedlichsten Sachen engagieren. Dann wird einem bewusst, dass man tatsächlich als kleiner Stein im Mosaik zu dieser wertvollen Menschenrechtsarbeit beiträgt – und das macht auch ein bisschen stolz.“ Zurecht, denn ohne die ehrenamtlichen Helfer der derzeit fünf pbi-Regionalgruppen wären die Projekte im Ausland kaum möglich. Die lokale Öffentlichkeitsarbeit macht einen wichtigen Baustein aus, sei es die Organisation von Vorträgen, Seminaren und Infotagen oder die Präsenz auf Veranstaltungen – die Ehrenamtlichen tragen viel dazu bei, auf die prekären Menschenrechtssituationen in den Projektländern und auf die Arbeit von pbi aufmerksam zu machen, Mitglieder zu werben und Spenden zu sammeln.

Auf einem dieser Vorträge im Jahr 2003 in Köln initiierte Detlef Mrosk, heute vor allem auf Bundesebene in der Koordinations-Gruppe aktiv, die ersten Treffen, erinnert sich Patrick, der sich bereits seit Anfang der 1990er Jahre für pbi engagiert und Heidi zu pbi brachte.

„Detlef hat damals vor jedem Treffen die Leute angerufen und die Gruppe so vorangetrieben, dass wir bald einen festen Stamm von fünf bis zehn Mitgliedern hatten. Das hat sich eigentlich bis heute gehalten.“ Jeder bringt seine Fähigkeiten ein, der eine verwaltet die Finanzen, die andere hilft mit ihrem Organisationstalent, der nächste gestaltet Flyer, bringt oder knüpft wertvolle Kontakte.

Das Kommen und Gehen über den festen Kern hinaus ist unter anderem den Auslandsprojekten geschuldet. Viele nutzen die Regionalgruppen als Sprungbrett für den Weg in ein Projekt und machen sich auf diese Weise zusätzlich zur regulären Vorbereitung mit pbi vertraut. Vor allem in Köln sind es häufig Uniabsolventen der Regionalwissenschaften, die sich beruflich orientieren möchten. Auch Ulrich, seit Beginn in der Regionalgruppe dabei, wollte damals für pbi nach Südamerika. Die intensive Vorbereitungszeit ließ das aber beruflich nicht zu. „Aber ich habe das immer noch im Hinterkopf,“ sagt er.

## ► Engagement in Deutschland

MenschenrechtsverteidigerInnen brauchen Schutz – pbi braucht dafür Ihr Engagement. Sie können pbi unterstützen, indem Sie sich ehrenamtlich in einer der pbi-Regionalgruppen - Berlin, Hamburg, Köln-Bonn, München, Rhein-Main - engagieren. Falls Sie selbst in Ihrer Region eine pbi-Gruppe aufbauen möchten, wenden Sie sich gerne an die pbi-Geschäftsstelle in Hamburg.



Die pbi-Regionalgruppe Köln, Sommer 2013

Bis dahin unterstützt er die Menschenrechtsarbeit von der Heimat aus „nebenher“. „Für mich sind vor allem die Berichte der RückkehrerInnen spannend – die Eindrücke und Aspekte aus Ländern, über die man vorher noch nicht so viel wusste.“

Neben den Augenzeugenberichten bereichern die immer wieder neuen Gesichter die Gruppe, sind sich Patrick, Heidi und Ulrich einig. Zum einen lernen sie so Menschen mit verschiedenen Hintergründen kennen, die mit frischen Ideen und Tatkraft die Arbeit nach vorne bringen. Zum anderen trägt die Gruppe ihren Teil dazu bei, potenzielle Schutzbegleiter vor ihrem Einsatz zu unterstützen. Für Patrick ist das pbi-Konzept der Schutzbegleitung weiterhin einmalig und ein wesentlicher Grund für sein Engagement. „In all den Jahren war es nie langweilig, ich würde am liebsten noch mehr Zeit investieren, wenn es ginge.“ Er schätzt die

Seminare, zum Beispiel über gewaltfreie Kommunikation oder Rassismus: „Dabei lerne ich etwas über mich selbst, das bringt mich persönlich weiter.“

Klar bleiben Differenzen bisweilen nicht aus, wenn verschiedene Erwartungshaltungen aufeinandertreffen. Besonders bei der Verbindlichkeit von Zusagen ist Zuverlässigkeit gefragt. „Da geht es aber um normale Gruppendynamik, das ist die generelle Problematik des Ehrenamtes. Wichtig ist, dass jeder Spaß an der Sache hat, schließlich sind wir ja freiwillig da,“ erklärt Heidi. Und selbst wenn die Gruppe viel Mühe in eine Veranstaltung gesteckt hat und kaum Resonanz kommt, weil gerade ein Fußball-Länderspiel läuft – beim nächsten Vortrag gelingt es den Ehrenamtlichen wieder, ihre Begeisterung für die Menschenrechtsarbeit auf andere zu übertragen.

► Text: Martina Becker



**pbi startet**

# **Projekt in Afrika**

Kenia

Seit über 30 Jahren funktioniert die von pbi entwickelte Strategie der internationalen Schutzbegleitung in Kolumbien, Mexiko, Guatemala, Nepal, Indonesien und vielen anderen Ländern. Das erfolgreiche Konzept soll nun auch in Kenia, dem ersten pbi-Projektland in Afrika, umgesetzt werden. Anfang 2013 nahm deshalb ein kleines Team von pbi-Freiwilligen die Arbeit in Nairobi auf. Alex Klüken, ehemaliger pbi-Freiwilliger im Kolumbienprojekt, war Teil dieses ersten Teams vor Ort. Sein Engagement und seine Erfahrungen aus Kolumbien trugen wesentlich dazu bei, das Schutzkonzept von pbi in Kenia zu etablieren.

## Von Kolumbien nach Kenia

Der interne bewaffnete Konflikt in Kolumbien dauert nun schon über 50 Jahre und verursacht weiterhin schwere Menschenrechtsverstöße. Dazu zählen außergerichtliche Hinrichtungen, Vertreibungen, Folter, Entführungen und Verschwindenlassen sowie sexuelle Gewalt. Die Hauptleidtragenden sind Zivilpersonen, wobei MenschenrechtsverteidigerInnen einer besonderen Bedrohung ausgesetzt sind - rund 70 AktivistInnen wurden allein im Jahr 2012 ermordet.

1994 nahm das Team von pbi seine Arbeit in Kolumbien auf. Seitdem gibt es den bedrohten MenschenrechtsverteidigerInnen im Land Schutz und sorgt dafür, dass deren Situation internationale Aufmerksamkeit erhält. 2010 ging Alex Klüken als pbi-Friedensfachkraft nach Kolumbien und begleitete dort zwei Jahre lang bedrohte MenschenrechtsaktivistInnen, um deren Handlungsspielraum zu erhalten.

Während Alex Klüken noch als Freiwilliger in Kolumbien tätig war, erhielt pbi vermehrt Anfragen aus Kenia: Nach den gewaltsamen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2007 wurden lokale MenschenrechtsverteidigerInnen bedroht und fürchteten um ihr Leben. Daraufhin prüfte eine internationale Delegation, ob und unter welchen Bedingungen pbi in Kenia tätig werden könnte.

Nach umfangreichen Erkundungen und Gesprächen mit AktivistInnen nahm 2013 ein kleines pbi-Team die Arbeit in Kenia auf. Diesem Team gehörte auch Alex Klüken an. Aufgrund seiner weitreichenden Erfahrungen aus Lateinamerika war es dem Team in Nairobi möglich, das Schutzkonzept von pbi an die Situation in Kenia anzupassen und auf die Sicherheitsbedürfnisse der lokalen AktivistInnen einzugehen.

„Zwischen Kenia und Kolumbien gibt es viele Unterschiede, doch eines haben beide Länder gemeinsam: Menschen, die sich für Menschenrechte, Gerechtigkeit und Frieden einsetzen, werden bedroht, angegriffen und müssen fliehen“, fasst Alex Klüken zusammen.

## Rückblick: Unruhen in Kenia nach den Wahlen 2007

40 Jahre lang galt Kenia als eines der stabilsten Länder Afrikas. Die Situation kippte nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 27. Dezember 2007, als sich Kenias bisheriger Präsident Mwai Kibaki drei Tage nach den Wahlen zum Sieger erklärte. Die darauf folgenden Auseinandersetzungen zwischen Anhängern von Regierung und Opposition sowie das rücksichtslose Vorgehen der Polizei forderten mehr als tausend Todesopfer und über 300.000 Flüchtlinge. Tausende von Menschen erlitten schwere Verletzungen.

Der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan vermittelte 2008 zwischen Präsident Mwai Kibaki und Oppositionsführer Raila Odinga und arrangierte eine »Große Koalition«. Die Lage im Land konnte so stabilisiert, die Gewaltausbrüche beendet werden. Die Parteien wollten sich zwar um dauerhaften Frieden, Stabilität und Gerechtigkeit in Kenia bemühen, hatten jedoch keinen Plan vorgelegt, wie diejenigen zur Rechenschaft gezogen werden sollten, die für Menschenrechtsverstöße im Zuge der gewalttätigen Ausschreitungen nach den Wahlen verantwortlich waren. Unklar blieb auch, ob die Opfer entschädigt werden würden.

Die Regierung blieb monatelang untätig, während sich die lokalen MenschenrechtsaktivistInnen einer drohenden Gefahr auslieferten, da sie die Verantwortlichen für die Gewalt vor Gericht

bringen wollten und Gerechtigkeit für die Opfer forderten.

Die Menschenrechtssituation nach der Wahl 2007 war eine der grundlegenden Ursachen dafür, dass sich die kenianischen MenschenrechtsverteidigerInnen vermehrt an pbi gewandt hatten mit der Anfrage, das Schutzkonzept auch in Kenia umzusetzen.

## Schritt für Schritt zum neuen Projekt

Mit Blick auf die Wahlen im März 2013 nahm ein kleines pbi-Team im Januar 2013 die Arbeit in Kenia auf. „Auch diesmal wurde mit einer politischen Instabilität, Zunahme der Gewalt und Gefährdungen für die MenschenrechtsverteidigerInnen gerechnet“, sagt Alex Klüken.

Um ein umfassendes Bild von der Menschenrechtssituation in Kenia und den Schutzbedarf der MenschenrechtsaktivistInnen zu ermitteln, knüpfte das pbi-Team Kontakte zu lokalen Menschenrechtsorganisationen und ging dabei über die Grenzen von Nairobi hinaus. Das pbi-Team traf sich in den ersten Monaten insgesamt mit über 50 kenianischen Nichtregierungsorganisationen in der Hauptstadt Nairobi, in Mombasa an der Küste sowie im Westen Kenias. „In den Gesprächen wurde deutlich, dass es trotz der schon vorhandenen internationalen Präsenz in Nairobi für das umfassende Schutzmodell von pbi einen hohen Bedarf gibt“, sagt Alex Klüken.

Etwa drei Viertel der Bevölkerung Kenias leben auf dem Land. Hier gibt es kaum Menschenrechtsorganisationen und kaum Medien, die unabhängig und kritisch berichten. Viele Menschenrechtsverletzungen werden gar nicht wahrgenommen und bekommen deshalb auch keine internationale Aufmerksamkeit. Aus diesem Grund

brauchen MenschenrechtsaktivistInnen in ländlichen Gebieten eine besondere Beachtung.

Hinzu kommen ethnische Spannungen im Vielvölkerstaat Kenia, in dem mehr als 40 Ethnien leben, die rund 50 verschiedene Sprachen sprechen, was hohes Konfliktpotential birgt. Gerade bei Wahlen in Kenia ist die ethnische Zugehörigkeit oft wichtiger als Inhalte – weshalb die Angst vor Gewaltausbrüchen groß ist.

Das Sicherheitsrisiko steigt zudem für MenschenrechtsverteidigerInnen, die Themen wie Korruption, Polizeiwillkür oder Straflosigkeit behandeln. „MenschenrechtsverteidigerInnen, die dem

»Menschenrechtsverletzungen an Frauen sind in Kenia weit verbreitet«

internationalen Strafgerichtshof dabei helfen, Kontakte zu Zeugen der Gewalt nach der Wahl 2007 zu knüpfen, brachten sich in große Gefahr“, berichtet Alex Klüken. „Viele MenschenrechtsaktivistInnen müssen untertauchen oder wegen akuter Gefahr ins Exil gehen. So können sie ihre Arbeit nicht weiterführen oder gar ihre Familien versorgen. Die Flucht kann nicht die Lösung sein. Effektiver Schutz durch pbi ist von besonderer Bedeutung.“

Auch Menschenrechtsverletzungen an Frauen sind in Kenia weit verbreitet. Da Gewalt gegen Frauen ein gesellschaftlich tabuisiertes Thema ist, wird das Ausmaß der Verbreitung verschleiert. „Frauen, die sich für Menschenrechte einsetzen, sind sozusagen zusätzlich zu all den Risiken, mit denen auch ihre männlichen Kollegen zu kämpfen haben, auch noch von geschlechtsspezifischen Übergriffen betroffen und somit einer doppelten

Gefährdung ausgesetzt“, sagt Alex Klüken.

## Die Wahl in Kenia 2013: Sorge vor erneuten Unruhen

Mit Spannung warteten die Menschen in Kenia auf die Wahlen am Montag, 4. März 2013. „Ruhig, geduldig und diszipliniert standen die KenianerInnen ab Montag 5.00 Uhr morgens in den Schlangen vor den Wahllokalen“, erinnert sich Alex Klüken. „Aus Angst vor Wiederholung der Gewalt blieben die Straßen nach der Wahl praktisch leer. Erst ab Donnerstag – drei Tage nach der Wahl – machten die Geschäfte langsam wieder auf.“

Die Auszählung dauerte bis Samstag. Uhuru Kenyatta, Sohn des ersten Präsidenten Kenias, wurde zum neuen Staatsoberhaupt erklärt, obwohl er derzeit mit zwei weiteren Kenianern als Drahtzieher der Gewalt von 2007 vor dem internationalen Strafgerichtshof angeklagt ist.

Der unterlegene Raila Odinga focht das Ergebnis der Wahl vor Gericht an. „Viele Menschen glauben, dass die Wahlen gefälscht wurden, und fühlen sich betrogen. Im Gegensatz zum letzten Mal haben sie ihren Ärger jedoch runtergeschluckt. Aber damit ist der Konflikt nicht gelöst. Viele Beobachter fürchten, dass die zu Grunde liegenden Spannungen zu einem späteren Zeitpunkt wieder Gewalt auslösen könnten“, berichtet Alex Klüken.

Außerdem zeigten die Wahlergebnisse auch dieses Mal, dass die meisten KenianerInnen entlang der ethnischen Linien wählten: Sie unterstützten den Kandidaten oder die Kandidatin ihrer Volksgruppe. Obwohl es bei diesen Wahlen nicht zu offenen Gewaltausbrüchen kam, ist das Land doch tief gespalten.

## pbi bleibt zum Schutz der Menschenrechte in Kenia

Das Ausbleiben von Gewalt während und nach der Wahl 2013 darf nicht darüber hinweg täuschen, dass in Kenia Menschenrechte täglich gravierend verletzt werden. Die Menschenrechtssituation hat sich auch nach Einführung einer parlamentarischen Demokratie im Jahr 1991 nicht wesentlich verbessert. Die Schutzbegleitung von pbi würde es den kenianischen MenschenrechtsverteidigerInnen ermöglichen, ihre wichtige Arbeit effektiv fortzuführen.

„Das pbi-Team filtert bereits Organisationen heraus, die für eine intensivere

»Sie vertrauen uns Informationen an, die ihr Leben betreffen«

Zusammenarbeit in Frage kommen. Dabei werden voraussichtlich Graswurzelorganisationen priorisiert, weil diese in Kenia den größten Schutzbedarf haben“, erklärt Alex Klüken. „Wir müssen darauf achten, dass wir nicht als parteiisch wahrgenommen werden und zum Beispiel nicht nur in einer Region oder mit einer Ethnie zusammenarbeiten. Wir müssen neutral und glaubwürdig bleiben. Das kann zu einer großen Herausforderung werden.“

Alex Klüken fügt hinzu: „Damit das erfolgreiche Schutzkonzept von pbi auch in Kenia funktioniert, ist es uns sehr wichtig, vertrauensvolle Beziehungen zu den bedrohten AktivistInnen aufzubauen. Das passiert nicht von heute auf morgen. Schließlich vertrauen sie uns Informationen an, die ihre Sicherheit und manchmal sogar ihr Leben betreffen.“

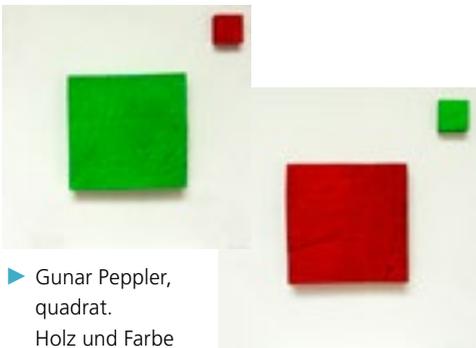
Text: Virginija Lickunaite

# Künstler stiften – pbi-Spender gewinnen II

Liebe Unterstützerin, lieber Unterstützer,

► **eine Spende an pbi ist immer ein Gewinn.** Sie ist ein Gewinn an Sicherheit für bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen, an Frieden, Gerechtigkeit und gewaltfreier Konfliktlösung. Aber auch unseren SpenderInnen ist sie ein Gewinn. Das wünschen sich erneut drei renommierte Künstlerinnen und Künstler und haben je eines ihrer Kunstwerke für SpenderInnen von pbi gestiftet. Diese Kunstwerke können Sie nun

gewinnen: Sie werden unter allen Spenderinnen und Spendern, die im November und Dezember 2013 mindestens 30 Euro an pbi spenden, verlost. Schreiben Sie einfach auf dem Verwendungszweck Ihrer Überweisung oder auf dem Formular den Namen ihres Wunschobjekts, an dessen Verlosung Sie teilnehmen möchten. Die Gewinner werden im Januar über ihren Gewinn informiert. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



► Gunar Pepler,  
quadrat.  
Holz und Farbe  
auf MDF Platten



► Zsolt S. Deák,  
ohne Titel.  
40x30 cm,  
gerahmt



► Dana Peinert, Metamorphosis.  
80x70cm, Öl auf Leinwand



## Über pbi

► **peace brigades international (pbi)** ist eine von den Vereinten Nationen anerkannte Menschenrechtsorganisation und seit 1981 in Krisengebieten tätig. pbi arbeitet unabhängig von wirtschaftlichen Interessen und hat keine bestimmte politische oder religiöse Ausrichtung. Auf ausdrückliche Anfrage lokaler Gruppen, die von politisch motivierter Gewalt bedroht sind, organisiert pbi eine schützende Präsenz mit Hilfe internationaler Freiwilligenteams. Auf diese Weise bleiben Handlungsräume für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung erhalten. Hierbei sind beide – Beschützte und Begleitende – durch ein weltweites Alarmnetzwerk mit Kontakten zur Politik, Diplomatie und Zivilgesellschaft abgesichert.

► Wenn Sie mehr Informationen über pbi erhalten möchten, schicken Sie das ausgefüllte Formular an unsere Adresse, oder schreiben Sie eine E-Mail an: [info@pbi-deutschland.de](mailto:info@pbi-deutschland.de)

## Impressum

- **peace brigades international – Deutscher Zweig e.V. • Bahrenfelder Str. 101a • D-22765 Hamburg**
- **info@pbi-deutschland.de • www.pbi-deutschland.de**
- **Redaktion:** Virginija Lickunaite, Lisa Stockleben, Kersten Knoerzer (V.i.S.d.P.)
- **Bilder:** pbi, C. Bertelsmann Verlag, ILRI/Susan MacMillan, Jonathan McIntosh
- **Mit freundlicher Unterstützung des Zivilen Friedensdienstes**

## Kontaktformular

### ► Ich möchte mehr Informationen und ...

- abonniere den halbjährlichen Rundbrief (gegen Spende)
- abonniere den newsletter \_\_\_\_\_
- möchte Informationsmaterial zu: \_\_\_\_\_

### ► Ich unterstütze pbi und ....

- Spende einmalig \_\_\_\_\_
- Unterstütze pbi monatlich mit 5€ 10€ 25€ \_\_\_\_\_
- Bitte buchen Sie den oben genannten Betrag von meinem Konto.

Kto-Nr: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_ Bank: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Email: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

- Spendenkonto Nr. 20 20 40 6000  
GLS Bank, BLZ 430 609 67  
Spenden an pbi sind steuerlich absetzbar



**»(...) ich hege eine große Bewunderung für diese mutige, kluge Organisation. Sie rettet Menschenleben, schützt und ermutigt effizient die Kämpfer und Kämpferinnen für die Menschenrechte und gegen die Straflosigkeit der Verbrecher. Ihre Arbeit ist unerlässlich und erfordert unsere uneingeschränkte Solidarität.«**

Jean Ziegler -  
Mitglied des Menschenrechtsrat der  
Vereinten Nationen